

Robert Fluder, Hans Baumann, Rudolf Farys

Immer mehr Reichtum für Wenige

Die Konzentration der grossen Vermögen wird in der Schweiz immer extremer; alle greifbaren Daten weisen in dieselbe Richtung. Dadurch werden nicht nur wichtige gesellschaftliche Investitionen in Gesundheit, Bildung und Klimaschutz nicht getätigt. Auch die Demokratie nimmt Schaden, wenn wenige Vermögende die Willensbildung prägen.

Wichtige Güter und der Zugang zu Dienstleistungen sind in Gesellschaften ungleich verteilt. Ungleichheit kann mit unterschiedlichen Bedürfnissen, unterschiedlicher Leistungsbereitschaft und -motivation und tatsächlichen Leistungsdifferenzen legitimiert werden. Diese Faktoren erklären jedoch nur einen kleinen Teil der ungleichen Verteilung. In den letzten Jahrzehnten ist eine Tendenz festzustellen, dass Reiche immer reicher werden und gleichzeitig ein immer grösserer Teil der Bevölkerung nicht ausreichend über lebenswichtige Güter und Dienstleistungen verfügt. Dies hat kaum etwas mit den erwähnten unterschiedlichen Bedürfnissen und Leistungen zu tun. Gemäss dem jüngsten OECD-Bericht ist die Bevölkerung in vielen Ländern zunehmend besorgt über die steigende Ungleichheit.¹ Anlass zur Besorgnis ist das enorme Wachstum der obersten Einkommen und Vermögen, während gleichzeitig immer mehr Minderverdienende abgehängt werden. Im Folgenden befassen wir uns mit der Entwicklung, dem aktuellen Ausmass sowie den Treibern und Folgen der Ungleichheit in der Schweiz.

Dimensionen der Ungleichheit

Ungleichheit manifestiert sich in allen Lebensbereichen. Die Chancen des Zugangs zu Bildung, gutem Wohnraum, einer attraktiven Erwerbstätigkeit und höheren Positionen sind je nach Bevölkerungsgruppe sehr ungleich. Auch der Gesundheitszustand unterscheidet sich erheblich je nach Einkommensschicht, und dasselbe gilt für den Zugang zur Gesundheitsversorgung, zu sozialen Netzwerken und beim Ressourcenverbrauch.² Störend ist, dass damit die Chancen auf ein gutes Leben so ungleich sind. Einem Teil der vulnerablen Gruppen gelingt es trotz voller Erwerbstätigkeit nicht, das Existenzminimum zu erreichen. Hier stellt sich die Frage, wie fair die von der gesamten Gesellschaft erwirtschafteten Werte verteilt sind. Die Benachteiligungen in den verschiedenen Lebensbereichen kumulieren sich und führen zu ausgesprochen ungleichen Lebenschancen. Eines haben die Dimensionen der Ungleichheit gemeinsam: Alle stehen in einem engen Zusammenhang mit der Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen. Zwar kann auch die Gesundheit von Superreichen schlecht und ihr Bildungsniveau tief sein. Doch die Chance auf gute Gesundheit und hohe Bildung ist bei wohlhabenden Menschen um ein Vielfaches besser als bei den Gruppen mit geringem Einkommen und ohne Vermögen. Zudem haben Begüterte dank ihrer umfangreichen Ressourcen die Möglichkeit, den Mangel in anderen Bereichen zu kompensieren.

Aus den erwähnten Gründen legen wir den Fokus auf Einkommen und Vermögen. Das Einkommen setzt sich zu einem überwiegenden Teil zusammen aus Erwerbseinkommen (ausser bei Rentenbeziehenden) und zu einem geringeren Teil aus Vermögenseinkommen sowie aus staatlichen oder privaten Transfers (unter anderem von Sozialversicherungen oder privaten Unterstützungsleistungen). Im Zuge des Neoliberalismus wurde der Arbeitsmarkt zunehmend dereguliert, was zu einer Zunahme der nichtstandardisierten Arbeit führte.³ Insbesondere Temporärarbeit, befristete Anstellungen, Arbeit auf Abruf, freiwillige und unfreiwillige Teilzeitarbeit sowie Pseudo-selbständigkeit erhöhen die Ungleichheit des Erwerbseinkommens⁴ (siehe zur Lohnungleichheit den Beitrag von Kristina Schüpbach in diesem Band, S.85 ff.) Digitalisierung und Globalisierung haben diese Entwicklung verstärkt, indem Stellen mit tiefem Qualifikationsprofil verschwunden sind oder in Billiglohnländer verlagert wurden. Gleichzeitig hat sich die Nachfrage nach hochqualifizierten Fachkräften erhöht.⁵

Spitzeneinkommen und Boni führten dazu, dass die extrem hohen Einkommen stark zulegen.⁶ Ein starker Treiber der Einkommensungleichheit sind zudem

die Vermögenseinkommen.⁷ Auffallend ist, dass im unteren Bereich die Einkommen im besten Fall moderat stiegen, stagnierten oder gar rückläufig waren.⁸ Damit partizipierten die oberen Einkommen wesentlich stärker am Wirtschaftswachstum als die mittleren und tiefen Einkommen. Die Folge ist ein Auseinanderdriften der Einkommenspfade der verschiedenen Einkommensgruppen.

Historische Entwicklung der Ungleichheit

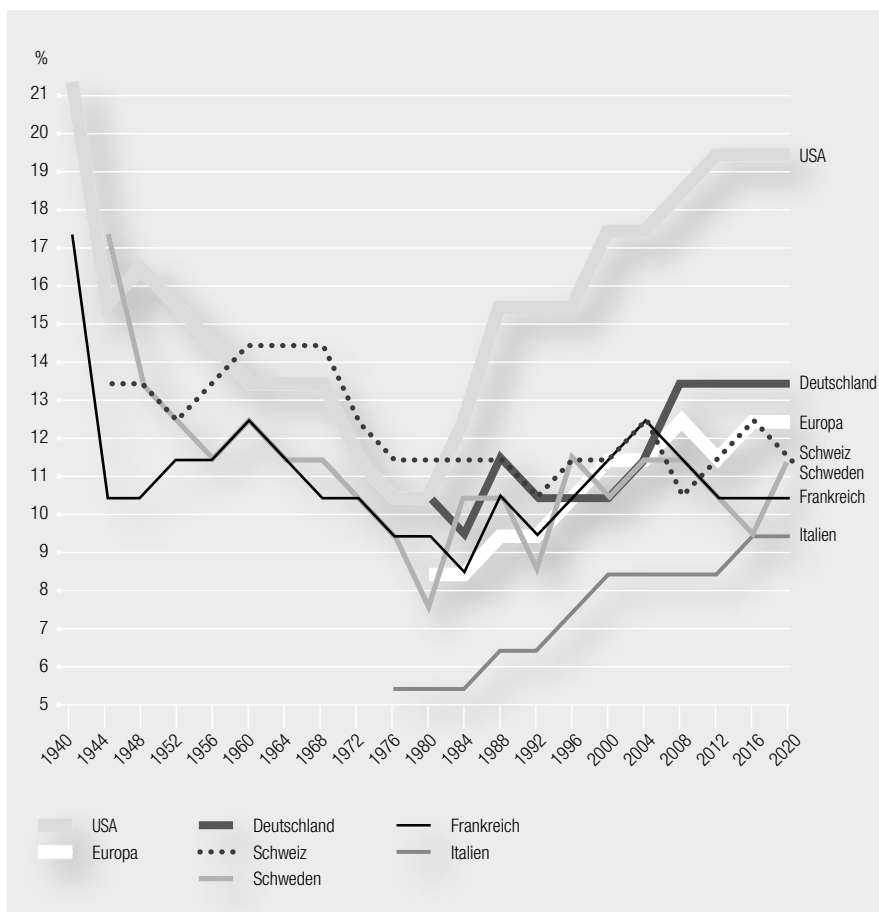
Wie in den meisten anderen Industrieländern war die Einkommensungleichheit während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in der Schweiz gross, wenn auch etwas geringer als in vergleichbaren Ländern. Das fordistische Nachkriegsmodell⁹ war geprägt durch den Ausbau des Sozialstaates, progressive Steuersysteme und das Erstarren der Gewerkschaftsbewegungen, einhergehend mit schnell wachsenden Löhnen und höheren Renten. Betrachtet man den Anteil des reichsten Prozents der Bevölkerung am Gesamteinkommen, sinkt die Ungleichheit in vielen Ländern bereits ab den 1950er-Jahren deutlich (siehe Abbildung 1). In der Schweiz blieb die Einkommensverteilung bis in die 1960er-Jahre stabil, war aber eine der ungleichsten, sogar ungleichlicher als jene in den USA.

In den 1970er-Jahren setzte in der Schweiz mit dem verspäteten Ausbau des Wohlfahrtsstaates¹⁰ die Entwicklung zu mehr Verteilungsgerechtigkeit ein. Marksteine waren der Ausbau der AHV in den 1970er-Jahren¹¹ und die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung in den frühen 1980er-Jahren. Ab 1980 erfolgte die weltweite neoliberale Wende, eingeläutet durch die Reformen in der Thatcher- und Reagan-Ära. Sie waren gekennzeichnet durch die Deregulierung der Arbeitsmärkte, den einsetzenden Sozialabbau, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sowie Steuersenkungen für Unternehmen und auf hohe Einkommen und Vermögen. Ab den 1990er-Jahren wurden die Finanzmärkte dereguliert, und im Zuge der Arbeitsmarktderegulierung und des rasanten Strukturwandels wurde die Gewerkschaftsbewegung geschwächt. Diese Entwicklungen führten dazu, dass die obersten Einkommensgruppen im Vergleich zu den Bevölkerungsteilen im mittleren und unteren Einkommensbereich übermässig von den Produktivitäts- und Wachstumsgewinnen profitierten. Zudem reduzierten der Sozialabbau und die Steuersenkungen die staatliche Umverteilung von oben nach unten deutlich.

Abbildung 1

Einkommensungleichheit der Schweiz im Ländervergleich seit 1940

Anteil des reichsten Prozents am Gesamteinkommen



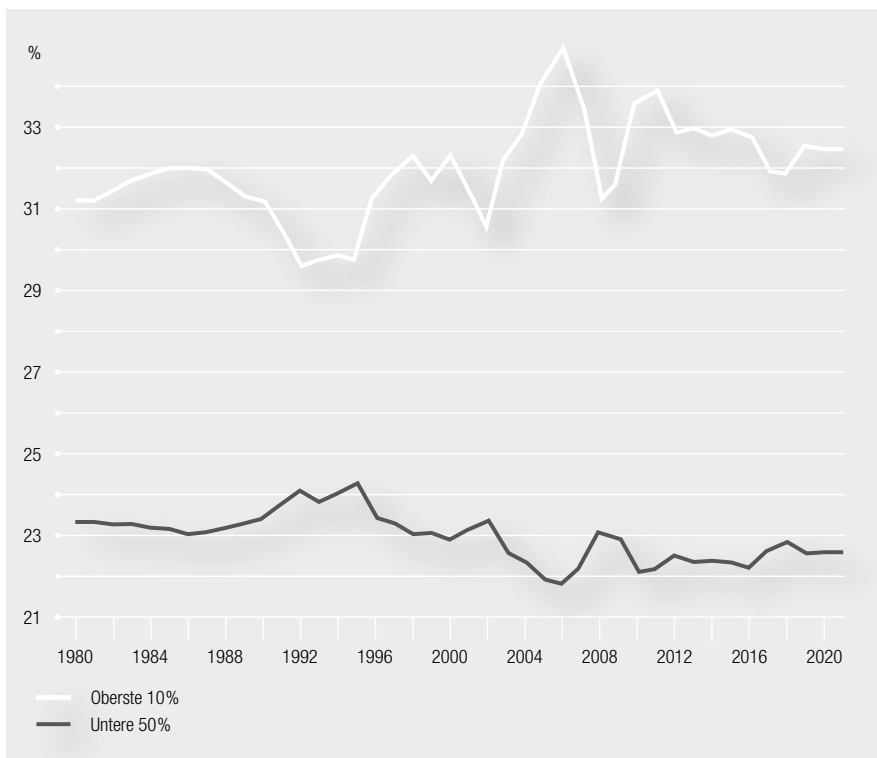
Quellen: World Inequality Database (WID), Vorsteuereinkommen erwachsener Personen, Daten für die Schweiz vor 1980 teilweise durch Interpolationen ergänzt.

Wie in den meisten OECD-Ländern haben sich in den letzten Jahrzehnten auch in der Schweiz die Einkommensunterschiede vergrössert.¹² Dies zeigt sich unter anderem am Einkommensanteil der reichsten 10 Prozent der Bevölkerung im Vergleich zum Anteil der einkommensschwächeren Hälfte: Seit Beginn der 1990er-Jahre bis heute erhöhte sich der Anteil der reichsten 10 Prozent der Bevölkerung am Gesamteinkommen von rund 30 Prozent auf rund 33 Prozent, während der Einkommensanteil der unteren 50 Prozent der Bevölkerung von 24 Prozent Anfang der 1990er-Jahre auf heute 22,6 Prozent gesunken ist (siehe Abbildung 2).¹³

Abbildung 2

Entwicklung der Einkommensverteilung 1980 bis 2020

Anteil am Gesamteinkommen



Quelle: World Inequality Database (WID), Einkommen erwachsener Personen vor Steuerabzug.

Auch bei den verfügbaren Einkommen kann in den letzten Jahren wegen der Kopfpämien der Krankenkassen¹⁴ und der Steuerentlastung bei hohen Einkommen ein verstärkter Trend zu mehr Ungleichheit festgestellt werden. 2008 verdienten die obersten beiden Dezile der Erwerbstätigen das 4,3-fache der beiden untersten Dezile, bis 2019 stieg dieser Faktor auf das 4,8-fache.¹⁵

Mittlere Ungleichheit der Einkommensverteilung in der Schweiz

Ähnlich wie in den anderen OECD-Ländern sind die Einkommen auch in der Schweiz ausgesprochen ungleich verteilt. Die einkommensschwächsten Steuerpflichtigen (unterste 20 Prozent) verfügen nur über 2,2 Prozent des gesamten Einkommens, während den obersten 10 Prozent mehr als ein Drittel der Einkommenssumme (34,4 Prozent) zufällt und das einkommensreichste Prozent über 11 Prozent des gesamten Einkommens verfügt.¹⁶ Dabei hebt sich eine kleine Gruppe mit Spitzenlöhnen, überhöhten Boni und hohen Vermögenseinkommen ab. Im internationalen Vergleich befindet sich die Schweiz bei der Ungleichheit des verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens¹⁷ auf einem mittleren Niveau. Der Gini-Index¹⁸ der verfügbaren Einkommen lag 2018 in der Schweiz bei 0,33, in Deutschland und Frankreich bei 0,32. Höher war er zum Beispiel in Italien, Spanien und Grossbritannien (0,34 bis 0,35), deutlich unter 0,3 in Belgien und sämtlichen skandinavischen Ländern.¹⁹

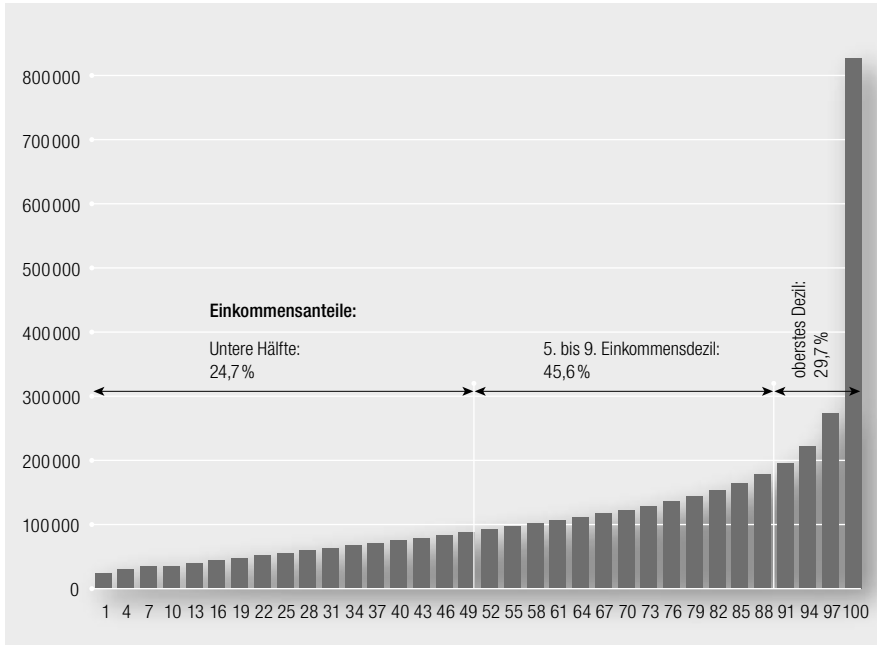
Die relativ moderate Ungleichheit der Erwerbseinkommen in der Schweiz hängt mit der hohen Erwerbsbeteiligung, der geringen Arbeitslosigkeit und der Absicherung durch die Arbeitslosenversicherung zusammen. Demgegenüber ist die Rückverteilung durch Steuern und Sozialbeiträge aufgrund der vergleichsweise tiefen Steuern und der wenig ausgeprägten Steuerprogression eher gering (siehe den Beitrag von Oliver Hümbelin et al. in diesem Band, S. 191 ff., Abbildung 1).

Gemäss der Auswertung der Steuerdaten aus sechs Kantonen sind die durchschnittlichen Haushaltseinkommen der untersten 10 Prozent mit 2579 Franken und der zweituntersten Dezilgruppe mit 3645 Franken äusserst bescheiden.²⁰ Danach nimmt das durchschnittliche Monatseinkommen bis zur achten Dezilgruppe mässig, aber kontinuierlich zu, während es im obersten Einkommensbereich exponentiell ansteigt (siehe Abbildung 3). Es beträgt bei den obersten 10 Prozent 26 000 Franken, beim obersten Prozent sogar 69 000 Franken.

Abbildung 3

Haushaltseinkommen nach Perzentil

Durchschnittliches jährliches Haushaltseinkommen nach Einkommensperzentil



Quelle: Erweiterte WISIER-Daten 2015 (Steuerdaten der Kantone AG, BE, LU, SG, VS, GE); Auswertungen BFH/UniBE.

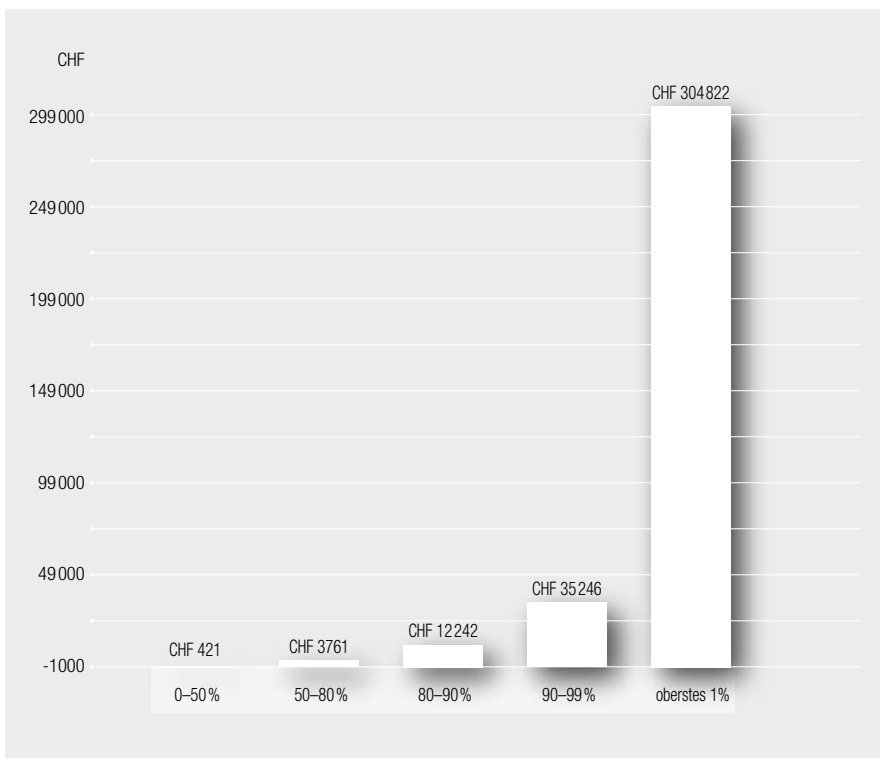
Vermögenseinkommen sind ausgesprochen ungleich verteilt

Substantielle Vermögenseinkommen hat nur eine sehr kleine Gruppe vermögender Personen. Eine Analyse der Steuerdaten des Kantons Bern zeigt, dass der Median des Nettovermögenseinkommens nur 226 Franken beträgt. Vermögenseinkommen sind ausgesprochen ungleich verteilt: So beträgt der Gini-Index beim Gesamteinkommen 0,36, beim Vermögenseinkommen jedoch 0,86. Drei Viertel aller Vermögenseinkommen gehen an nur 10 Prozent der Haushalte. Die Perzentile (90 bis 99 Prozent) der Haushalte mit den höchsten Vermögenseinkommen verfügen über ein durchschnittliches Vermögenseinkommen von 35 000 Franken pro Jahr; beim obersten Prozent

beträgt es 305 000 Franken (siehe Abbildung 4). Diese einseitige Verteilung der Vermögenseinkommen dürfte neben hohen Spitzenlöhnen ein wichtiger Grund für die ungleiche Verteilung der Einkommen in der Schweiz sein.²¹ Umgekehrt haben Transfereinkommen (etwa Sozialleistungen) und Steuern einen dämpfenden Einfluss auf die Ungleichheit.

Abbildung 4

Vermögenseinkommen nach Perzentilgruppe



Quelle: Steuerdaten des Kantons Bern 2015. N=422 328 Haushalte.

Anmerkung: Von den Bruttovermögenserträgen wurden die Zinsen und 20 Prozent der Liegenschaftserträge als Pauschale für den Liegenschaftsunterhalt abgezogen. Die Perzentilgruppen wurden über das Nettovermögenseinkommen der Haushalte gebildet.

Geringe Rückverteilung durch Steuern

Der Effekt der Um- oder Rückverteilung²² durch Steuern ist hierzulande kleiner als in den meisten Ländern (siehe den Beitrag von Oliver Hümbelin et al. in diesem Band, S. 191 ff.).²³ Kommt hinzu, dass Gutverdienende in den letzten Jahrzehnten durch verschiedene Steuerreformen entlastet wurden, womit der Rückverteilungseffekt deutlich abnahm. So bezahlte 1980 in der Stadt Zürich ein Paar ohne Kinder mit einem Bruttoeinkommen von einer halben Million Franken fast 30 Prozent oder 150 000 Franken Kantons- und Gemeindesteuern. 2018 waren das nur noch 96 500 Franken oder 19,3 Prozent (siehe Abbildung 5).²⁴

Noch viel rasanter sanken die Unternehmenssteuern. «Ordentlich besteuerte» Unternehmen zahlen heute weniger als halb so viel Steuern auf ihre Gewinne wie vor vierzig Jahren.²⁵ Nicht eingerechnet sind hier weitere Steuererleichterungen für Holding- und ähnliche Gesellschaften.

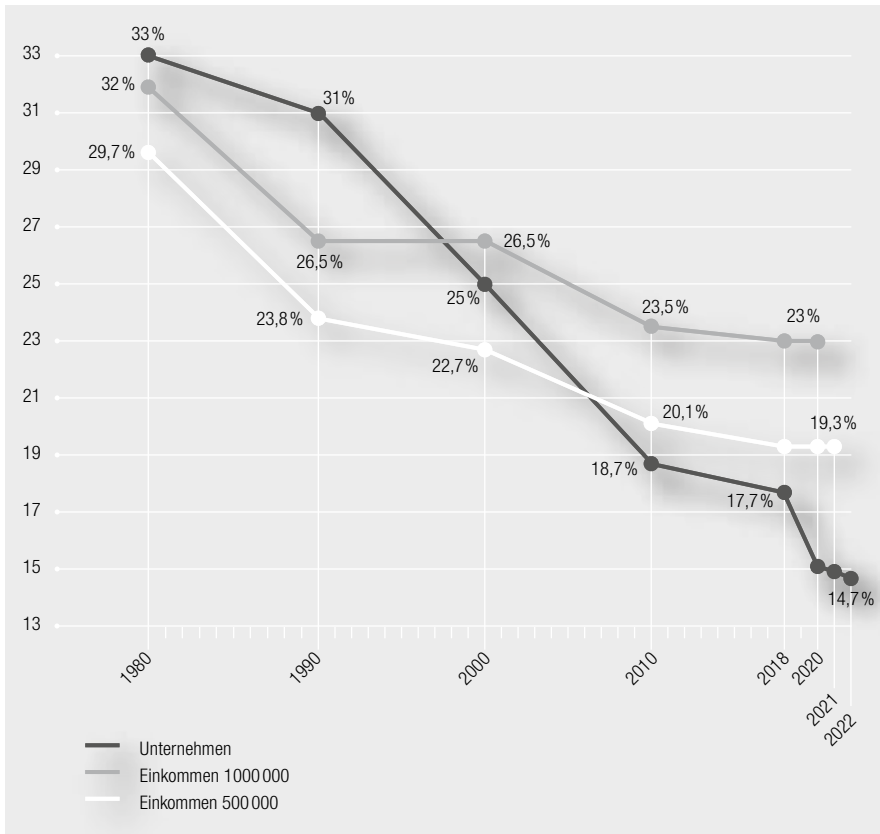
In vielen Kantonen gab es Steuersenkungen, die speziell den Spitzenverdienenden zugutekamen, wie die Teilbesteuerung der Dividenden durch die Unternehmenssteuerreform II oder allgemeine Steuerfussenkungen, von denen dank der Progression vor allem die Gutverdienenden profitierten. Auch der Steuersatz, mit dem die höchsten Einkommensteile besteuert werden, nahm beispielsweise im Kanton Zürich deutlich von 29,3 Prozent (1990) auf 26,6 Prozent (2018) ab.

Der obige Vergleich der Einkommenssteuern bezieht sich auf die Stadt Zürich. Die meisten Kantone und Gemeinden in der Schweiz kennen aber tiefere Steuersätze und haben in den letzten Jahren die Steuern für Gutverdienende noch stärker gesenkt. So bezahlt jemand mit einem Bruttoeinkommen von einer Million Franken im Kanton Zürich 23 Prozent Steuern, im Kanton Zug nur 10,2 Prozent. Dadurch ergibt sich für Reiche die Möglichkeit, mittels eines Wohnsitzwechsels Steuern einzusparen und die Steuerprogression zu umgehen.²⁶ Zudem wirken Abzüge stark steuersenkend, indem sie die Wirkung der Steuerprogression reduzieren.²⁷

Abbildung 5

Steuerbelastung auf hohen Einkommen und Gewinnen seit 1980

Besteuerung hoher Einkommen und Unternehmen in %



Quellen: ESTV, Steuerbelastung natürliche Personen in den Kantonshauptorten, Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuer, hier für die Stadt Zürich. Hinzu kommt die Bundessteuer. KPMG 2022.

Verteilungswirkung von Vermögenseinkommen, Sozialleistungen und Steuern

Tabelle 1 zeigt, wie sich einzelne Einkommenskomponenten und Steuern auf die Verteilung auswirken. Ausgehend vom Erwerbseinkommen der Bevölkerung im Erwerbsalter erhöht sich der Gini-Index infolge des Vermögenseinkommens um 3,5 Prozent. Allerdings wirkt sich dies ausschliesslich auf die sehr hohen Einkommen der älteren Erwerbstätigen aus, weshalb der Effekt relativ gering ist. Durch die Bedarfsleistungen, andere Sozialleistungen und Steuern reduziert sich der Gini-Index um 9,9 Prozent bzw. um 4 Prozent (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1

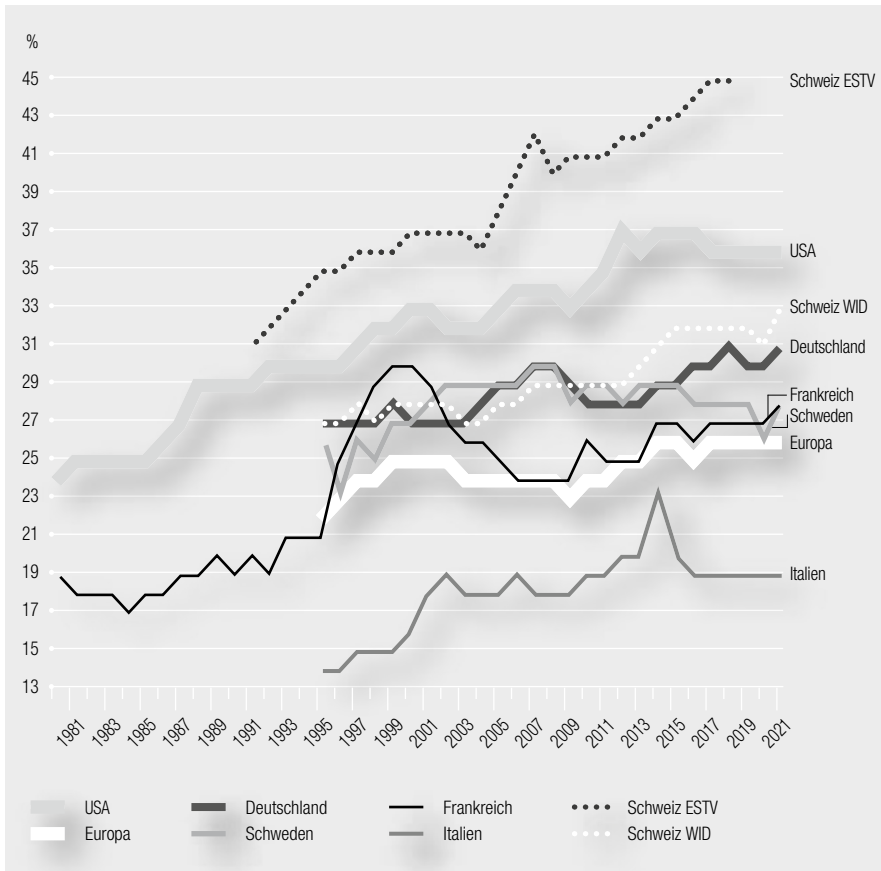
Wirkung von Vermögenseinkommen, Sozialleistungen und Steuern auf die Ungleichheit

| Bevölkerung im Erwerbsalter | Gini | Prozentuale Veränderung des Gini-Index |
|--|-------|---|
| Erwerbseinkommen | 0.424 | |
| Erwerbseinkommen inkl. Ersatzehkommen aus Sozialversicherungen | 0.390 | -8,1% |
| + Vermögenseinkommen | 0.403 | +3,4% |
| + Bedarfsleistungen (inkl. Renten) | 0.374 | -1,8% |
| abzüglich Steuern | 0.359 | -4,0% |
| Bevölkerung im Rentenalter | | |
| AHV | 0.242 | |
| AHV plus Renten der beruflichen Vorsorge | 0.345 | +42,3% |
| + Vermögenseinkommen | 0.404 | +17,2% |
| + Erwerbseinkommen | 0.416 | +2,9% |
| + Bedarfsleistungen | 0.392 | -5,7% |
| abzüglich Steuern | 0.376 | -4,2% |

Quellen: Erweiterte WISIER-Daten 2015 (Steuerdaten der Kantone AG, BE, LU, SG, VS, GE), Berechnungen BFH/UniBE.

Abbildung 6

Entwicklung der Vermögensverteilung der Schweiz im Ländervergleich Anteil des obersten Prozents am Gesamtvermögen



Quellen: ESTV, gesamtschweizerische Vermögensstatistik (Steuerzahlende, ohne Berücksichtigung der BVG-Ansprüche), eigene Berechnungen. World Inequality Data (WID) (erwachsene Personen, inkl. Pensionskassenansprüche).

Anmerkung: Für die Darstellung der Einkommens- und Vermögensverteilung nach Gini-Index siehe auch die Abbildung S. 231.

Anders als bei den AHV-Renten ist die Ungleichheit bei der beruflichen Vorsorge bei der Bevölkerung im Rentenalter sehr gross.²⁸ Das Vermögenseinkommen treibt die Ungleichheit gemessen am Gini-Index um weitere 17 Prozent in die Höhe. Da hauptsächlich Personen in höheren Einkommensklassen im AHV-Alter noch erwerbstätig sind, erhöht das Erwerbseinkommen die Ungleichheit bei den Rentnern zusätzlich. Bedarfsleistungen und Steuern haben bei den Rentnern einen ähnlichen reduzierenden Effekt auf die Ungleichheit wie bei den Erwerbstätigen. Insgesamt ist die Ungleichheit bei den Rentnern höher (der Gini-Index ist 4,7 Prozent höher), was vor allem eine Folge der grösseren Bedeutung des Vermögenseinkommens ist. Es zeigt sich, dass dieses die Ungleichheit erhöht, während Transfereinkommen und Steuern eine ausgleichende Wirkung haben, die allerdings geringer ist als in anderen Ländern.

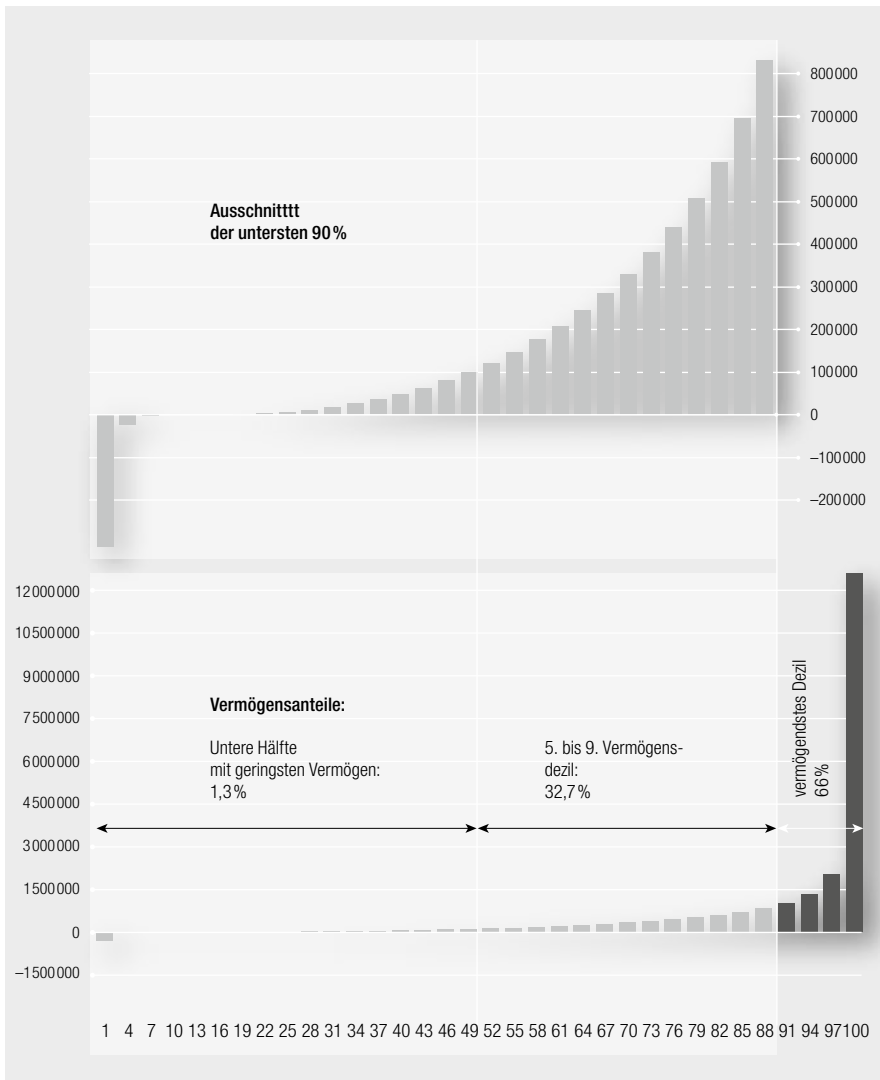
Extrem ungleiche Vermögensverteilung

Weltweit sind Vermögen viel stärker konzentriert als Einkommen. Besonders ausgeprägt ist dies in der reichen Schweiz. Meistens ist es nur den obersten Einkommensgruppen möglich, in grösserem Ausmass Kapital zu bilden und dieses über Jahre zu akkumulieren.²⁹ Während sich die Schweiz bei der Einkommensverteilung etwa im europäischen Durchschnitt bewegt, ist die Vermögensverteilung hierzulande eine der ungleichsten der Welt. Gleichzeitig ist das Pro-Kopf-Vermögen in der Schweiz eines der höchsten der Welt. Seit den 1990er-Jahren ist die Vermögensverteilung deutlich ungleicher geworden. So zeigen die Zahlen der Eidgenössischen Steuerverwaltung einen stetigen und steilen Anstieg des Anteils der höchsten Vermögen am Gesamtvermögen.

Das reichste Prozent der Steuerzahlenden in der Schweiz besass Anfang der 1990er-Jahre 30 Prozent aller Vermögen, was im internationalen Vergleich schon damals ein Spitzenwert war. Bis 2018 ist dieser Anteil auf fast 45 Prozent gestiegen (siehe Abbildung 6).³⁰ Andererseits verfügt die Hälfte der Steuerpflichtigen – abgesehen vom Vorsorgekapital der Pensionskassen – über kein oder nur ein ganz geringes Vermögen.³¹ Wie Abbildung 7 zeigt, nehmen die Vermögen der Reichsten exponentiell zu. Damit konzentriert sich der grösste Teil des Vermögens auf eine äusserst kleine Gruppe sehr Wohlhabender. Darunter befinden sich besonders viele ältere Erwerbstätige und Rentner.³²

Abbildung 7

Durchschnittliches Haushaltsvermögen nach Vermögensperzentil



Quellen: Erweiterte WiSIER-Daten 2015 (Steuerdaten der Kantone AG, BE, LU, SG, VS, GE); Auswertungen BFH/UniBE.

Anmerkung: Nettovermögen, d.h. Summe aller Vermögensteile (Wertschriften, Sparkonten, Liegenschaften) abzüglich Schulden. Um die Unterbewertung der Liegenschaften zu korrigieren, haben wir die Werte der Liegenschaften mit dem Faktor 1,4 gewichtet.

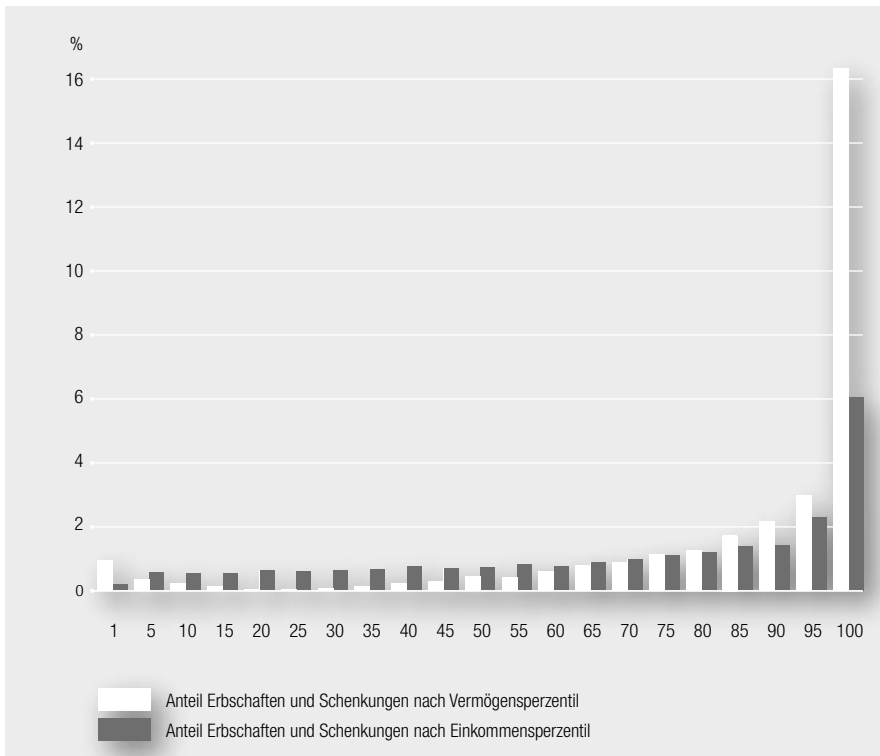
Die Ungleichheit wird zudem dadurch verschärft, dass die Einkommensstärksten auch die höchsten Vermögen besitzen. Damit konzentriert sich der Reichtum auf eine kleine Gruppe mit extrem hohem Einkommen und Vermögen. Weiter wird die Ungleichheit dadurch verschärft, dass der Vermögensanteil deutlich zugelegt hat: In den 1970er-Jahren betrug das Gesamtvermögen etwa das 4,5-fache des Gesamteinkommens, heute ist es bereits siebenmal so hoch.³³

Warum sind die Vermögen in der Schweiz so ungleich verteilt? Verschiedene historische, institutionelle und sozioökonomische Faktoren spielen eine Rolle. Während des Zweiten Weltkriegs blieben die Vermögenswerte in der Schweiz im Unterschied zu anderen Ländern erhalten, worauf die Vermögensakkumulation nach dem Krieg die bereits sehr ungleiche Verteilung weiter akzentuiert hat. Zudem können hohe Vermögen meist risikoreicher angelegt werden und längerfristig höhere Renditen erzielen. Je grösser die Vermögen sind, desto besser sind die Bedingungen der Vermögensakkumulation.³⁴

Neben den bereits angesprochenen Vermögenseinkünften sind Erbschaften wichtige Treiber der Ungleichheit. Die Bedeutung von Erbschaften hat in den letzten Jahren stark zugenommen: So ist der Anteil der jährlichen Erbschaften von 5 Prozent des Volkseinkommens in den 1950er-Jahren auf 13 Prozent in den 2010er-Jahren gestiegen.³⁵ Jeder zweite Vermögensfranken ist vererbt (siehe den Beitrag von Marius Brühlhart in diesem Band, S. 207 ff.). Die Erbschaften sind äusserst ungleich verteilt, der Löwenanteil kommt den Reichsten zugute.³⁶ Die Abschaffung der Erbschaftsteuer für direkte Nachkommen hat die Besteuerung von Erbschaften erheblich gesenkt: In den 1990er-Jahren wurde ein vererbter Franken im Schnitt noch mit 4,1 Rappen besteuert, heute sind es nur noch 1,4 Rappen.³⁷ Abbildung 8 zeigt, dass hauptsächlich Haushalte aus der höchsten Vermögensgruppe mit sehr hohen Erbschaften rechnen können. Zwischen 2012 und 2015 profitierten im Kanton Bern die einkommenreichsten 10 Prozent von 27 Prozent und die vermögendsten 10 Prozent von 54 Prozent der Erbschaften und Schenkungen.

Abbildung 8

Anteil der erhaltenen Erbschaften und Schenkungen nach Vermögen und Einkommen



Quellen: Erweiterte WiSiER-Daten 2015 (Steuerdaten des Kantons Bern); Auswertungen BFH/UnIBE.

Anmerkung: Ausgewiesen ist der Anteil der 2012 bis 2015 erhaltenen Erbschaften und Schenkungen pro Vermögens- und Einkommensperzentil 2015 (die x-Achse zeigt das Vermögens- bzw. Einkommensperzentil).

Aufgrund der geringen Wohneigentumsquote in der Schweiz konnten die meisten Haushalte nicht von den stark gestiegenen Liegenschaftspreisen profitieren; diese haben vielmehr zur Vermögensakkumulation der Reichen beigetragen.³⁸ Die Folge ist eine Umverteilung von den Mietern zu den Immobilienbesitzern und eine immer stärkere Belastung der tiefen und mittleren Einkommen durch steigende Mietkosten. Hinzu kommt, dass die direkten Steuern in der Schweiz sehr moderat sind, weshalb die Rückverteilung weniger ausgeprägt und die Einwanderung für Vermögende attraktiv ist.³⁹

Grosse Ungleichheit bedroht Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung

Vermögen wird immer mehr dort angelegt, wo am meisten Rendite winkt, statt dort, wo der grösste gesellschaftliche Bedarf besteht (etwa beim Klimaschutz, bei der Infrastruktur oder der Gesundheit). Die zunehmende Vermögensungleichheit ist aber nicht nur ein soziales und wirtschaftliches Problem, sondern auch ein staatspolitisches, denn sie führt schleichend zu einer politischen Machtverschiebung, was demokratische Entscheide infrage stellt und einer Oligarchisierung und Refeudalisierung der Gesellschaft Vorschub leistet. So können Volksabstimmungen von einzelnen Vermögenden lanciert (beispielsweise die Justizinitiative)⁴⁰ und Abstimmungen mit kostspieliger Propaganda beeinflusst werden.⁴¹ Viele Abstimmungen in der Schweiz wurden in den letzten Jahren mit knappen Mehrheiten zwischen 50 und 53 Prozent gewonnen oder verloren. Unter solchen Umständen ist der finanzielle Einsatz im Abstimmungskampf womöglich entscheidend für ein Ja oder Nein. Die Konzentration von Macht zeigt sich auch bei den Medien, insbesondere den sozialen Medien wie Facebook, Instagram oder Twitter, die von wenigen Superreichen kontrolliert werden.

Nachhaltig investieren und künftige Generationen entlasten

Die ressourcenstärksten Gruppen haben in den letzten Jahrzehnten übermässig von den Produktivitätsgewinnen und dem wirtschaftlichen Wachstum profitiert, die breite Bevölkerung weniger. Viele und immer mehr Menschen haben heute Mühe, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Armut hat in den letzten Jahren zugenommen.⁴²

Sind die Güter und Dienstleistungen fair verteilt? Übermässige Ungleichheit gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt, beeinträchtigt die demokratischen Entscheidungsprozesse infolge der Machtkonzentration bei wenigen sehr Wohlhabenden und das Wirtschaftswachstum.⁴³ Die Konzentration der Vermögen bei wenigen, die damit zusammenhängende, extreme Ungleichverteilung der Vermögenseinkommen und Kapitalgewinne und die Spitzengehälter des obersten Managements sind wichtige Treiber der Ungleichheit und der Erosion des Gemeinsinns. Gleichzeitig fehlen Investitionen für eine nachhaltige Entwicklung und in die Bildung, um das Qualifikationsniveau künftiger Generationen den neuen Anforderungen an den technologischen und gesellschaftlichen Wandel anzupassen und um mehr Chancengerechtigkeit bei der Bildung zu schaffen. Solche Investitionen wären auch ein wirksamer Beitrag zur Armutsbekämpfung, ist doch mangelhafte oder fehlende Bildung ein wesentlicher Risikofaktor für Armut. Zudem braucht es enorme Investitionen in den ökologischen Umbau zur Bewältigung der Klimakrise. Leider fliesst das Kapital der Gruppe der Superreichen nicht oder nur ungenügend in diese gesellschaftlichen Herausforderungen, weil dieses individuell durch die Profitmaximierung und nicht durch den gesellschaftlichen Nutzen geleitet wird. Der kleine Kreis der Wohlhabendsten müsste hier einen höheren Beitrag leisten.

Mögliche Massnahmen wären eine zusätzliche Besteuerung der obersten Vermögen,⁴⁴ der höchsten Einkommensklassen und grosser Unternehmen sowie eine Steuer für besonders hohe Erbschaften. Wirksam wäre auch eine Steuerharmonisierung, um dem Steuerdumping auf nationaler und internationaler Ebene ein Ende zu setzen. Da die hohen Vermögen und Einkommen nur beschränkt durch eigene Leistungen, sondern vor allem dank guter Rahmenbedingungen und gesellschaftlicher Vorleistungen (Wissensproduktion, Bildung, Infrastruktur, Gesundheitswesen) möglich sind, sollten die damit zusammenhängenden Sondererträge wiederum der Öffentlichkeit zugutekommen. Auch die Generationengerechtigkeit liesse sich so fördern, was dem Auseinanderdriften der Gesellschaft entgegenwirken würde.

Ein grundlegendes Problem ist die Gewährleistung der Finanzierung der Alterssicherung im Zuge der demografischen Alterung. Sie führt zu einer höheren Belastung der jüngeren Generation. Hier wäre es nur gerecht, wenn die finanzstarke Gruppe der Senioren, die bereits in Rente ist, einen Beitrag zur Stützung des Systems der Alterssicherung leisten würde. Dazu wäre die Erbschaftssteuer ein geeignetes und wirksames Instrument, fliesst doch der grösste Teil der Erbschaften an ältere und bereits sehr

wohlhabende Personen. Wenn diese Mittel für die Finanzierung der AHV und deren Ausbau zu einer existenzsichernden Grundsicherung eingesetzt werden, würde die Ungleichheit unter den Rentnerinnen und Rentnern wirksam reduziert und die jüngere Generation entlastet.

Robert Fluder, Dr., emeritierter Professor an der Berner Fachhochschule. Seine Forschungsschwerpunkte sind Sozialpolitik, Armut sowie Einkommens- und Vermögensverteilung. Er ist Mitglied des Denknetzes.

Hans Baumann, lic. rer. pol. MAES, Ökonom und Publizist, ehemals nationaler Sekretär der Gewerkschaft Unia, Mitglied des Denknetzes.

Rudolf Farys, Dr., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozialstrukturanalyse am Institut für Soziologie der Universität Bern. Seine Schwerpunkte sind quantitative Methoden sowie Ungleichheits- und Armutsforschung auf der Grundlage von Administrativ- und Steuerdaten.

Anmerkungen

- ¹ OECD, 2021.
- ² World Inequality Report, 2022.
- ³ Keeley, 2015. OECD, 2015.
- ⁴ OECD, 2015.
- ⁵ Keely, 2015, S. 43–46.
- ⁶ Föllmi, Martinez, 2017.
- ⁷ Fluder et al., 2021.
- ⁸ OECD, 2015, S. 21; vgl. für die Schweiz auch Abbildung 2.
- ⁹ Fordismus bezeichnet eine Form industrieller Produktion, die durch stark standardisierte Massenproduktion (u. a. Fließbandfertigung und ausgeprägte Arbeitsteilung) gekennzeichnet ist.
- ¹⁰ Vgl. etwa Obinger, 2000.
- ¹¹ Damals wurden die AHV-Renten verdoppelt und die Beiträge entsprechend angepasst.
- ¹² Vgl. u. a. OECD, 2008.
- ¹³ WID: Einkommen erwachsener Personen vor Steuerabzug. Gemäss Bundessteuerstatistik liegt der Anteil der unteren 50 Prozent noch tiefer, die Unterschiede beruhen auf unterschiedlicher Erfassung der Einkommen. Angesichts dieser Datenlage erscheint es merkwürdig, wenn Schaltegger et al. in ihrer Analyse zum Schluss kommen, die Einkommensverteilung in der Schweiz sei stabil, obschon sie sich auf die gleichen oder ähnliche Grundlagen berufen (Schaltegger et al., 2022).
- ¹⁴ Die Schweiz ist das einzige Land Europas, das die Krankenkassenprämien pro Kopf und nicht einkommensabhängig erhebt. Die individuelle Prämienverbilligung (IPV) vermag die damit verbundene viel stärkere Belastung der unteren Einkommen bei weitem nicht zu korrigieren. Zudem hat die Prämienverbilligung in den letzten Jahren nicht Schritt gehalten mit den stark gestiegenen Prämien; vgl. Schweizerischer Gewerkschaftsbund, 2020.
- ¹⁵ Bundesamt für Statistik (BFS), Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen, SILC. Verfügbares Einkommen ist das Einkommen unter Abzug der obligatorischen Ausgaben wie Steuern und Sozialversicherungen.
- ¹⁶ Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), 2018.
- ¹⁷ Gesamtes Einkommen des Haushaltes nach Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen gewichtet mit einem Faktor entsprechend der Grösse des Haushaltes (Äquivalenzfaktor), damit die Einkommen unabhängig von der Grösse vergleichbar sind.
- ¹⁸ Der Gini-Index ist der gebräuchteste Indikator für Ungleichheit. Er misst die Ungleichheit zwischen 0 und 1, wobei 0 eine völlige Gleichverteilung ausdrückt und 1 die extremste Ungleichheit.
- ¹⁹ Berechnungen der Weltbank. URL: data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI?end=2020&start=2020&view=bar (6. 7. 2022).
- ²⁰ Die betreffenden Auswertungen für diesen Artikel beruhen auf Steuerdaten der Kantone AG, BE, LU, SG, VS und GE, die im Rahmen des WiSiER-Projekts (Wirtschaftliche Situation von Personen im Erwerbs- und im Rentenalter/WiSiER, admin.ch, 6. 7. 2022) erstellt, für das

- SNF-Projekt «Ungleichheit, Armutsrisiken und Wohlfahrtsstaat» (URL: inequalities.ch, 6. 7. 2022). aufgearbeitet und mit zusätzlichen Daten (insbesondere zu den Bedarfsleistungen) erweitert wurden. Diese Daten beziehen sich auf das Jahr 2015.
- ²¹ Dies trifft auch für andere OECD-Länder zu. So wird im Bericht der OECD von 2008 die extreme Ungleichheit von Kapitaleinkünften und Einkünften aus selbständiger Erwerbstätigkeit als einer der Hauptgründe für die zunehmende Einkommensungleichheit erwähnt.
- ²² Wir verwenden im Zusammenhang mit den Steuern den Begriff Rückverteilung, da die Umverteilung von unten nach oben schon vorher im Wirtschaftsprozess stattfindet.
- ²³ So zeigen die OECD-Daten, dass der Unterschied des Gini-Koeffizienten der Einkommen vor und nach Steuern in der Schweiz einer der geringsten aller Länder ist. Vgl. Lisa Ch. Rost: Equality before and after taxes, Datawrapper 5.4.2018, URL: blog.datawrapper.de/weekly-chart-gini/ (6. 7. 2022), und ebenfalls Caminada et al. (2019a, 2019b) für einen Vergleich zahlreicher Länder. Die eher geringe Umverteilung vor allem durch Steuern in der Schweiz wird durch die Untersuchung von Oliver Hümbelin et al., 2021, bestätigt.
- ²⁴ Allerdings ist zu berücksichtigen, dass in den Jahren 1980 bis 2000 die Inflation eine Rolle spielte. Da im Kanton Zürich ab 150 000 Franken immer die gleiche Progressionsstufe gilt, wurde auch für den geringeren Wert der halben Million immer noch für den grössten Teil die höchste Progressionsstufe der Steuern erhoben. Zudem spielte ab 2000 die Teuerung keine wesentliche Rolle mehr und die Steuerentlastung war auch für diese Periode erheblich.
- ²⁵ KPMG 2022 und vorhergehende Jahrgänge.
- ²⁶ Dies führt unter anderem zu grossen Einkommens- und Vermögensunterschieden zwischen den Kantonen. Auch die Vermögens- und Einkommensungleichheit unterscheidet sich erheblich von Kanton zu Kanton (BAK Economics, 2020).
- ²⁷ Bedeutsam sind besonders die Abzüge aufgrund von Liegenschaften; vgl. Hümbelin, Farys, 2018.
- ²⁸ Dies zeigt sich auch beim Gender Pension Gap. So unterscheiden sich die durchschnittlichen AHV-Renten von Männern und Frauen kaum, bei den Renten der beruflichen Vorsorge sind die Rentenunterschiede mit rund 63 Prozent jedoch riesig; Fluder et al., 2016. Siehe dazu den Sozialalmanach der Caritas 2022 zum Thema «Frauenarmut».
- ²⁹ Während das einkommensstärkste Fünftel der Bevölkerung 30 Prozent des Einkommens sparen kann, bleibt beim einkommenschwächeren Teil der Bevölkerung kaum etwas fürs Sparen übrig (BFS, Haushaltsbudgeterhebung HABE 2009–2011, Sparbetrag in Prozent des verfügbaren Einkommens). 2020 betrug die Sparquote der obersten 20 Prozent sogar mehr als ein Drittel (BFS, 2020).
- ³⁰ Ohne Pensionskassenvermögen. Die Pensionskassenvermögen sind Teil des Systems der Alterssicherung und damit der sozialen Sicherheit. In der Schweiz spielt die auf dem Kapitaldeckungsverfahren beruhende berufliche Vorsorge im Unterschied zu anderen Ländern eine wichtige Rolle und ist obligatorisch. Es stellt sich deshalb die Frage, ob diese beim Vergleich mit anderen Ländern und anderen Systemen der Alterssicherung beim individuellen Vermögen zu berücksichtigen ist. Ausserdem sind die Vermögen der beruflichen Vorsorge nicht frei verfügbar und können nicht vererbt werden.
- ³¹ Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), Vermögensstatistik 2018.

- ³² Zu erwähnen ist, dass die hohen Vermögen und Einkommen wegen pauschalbesteuerteter Ausländerinnen und Ausländer und Steuerhinterziehung unterschätzt werden (vgl. Kiener, Roos, 2021). Beim Vermögen sind zudem die Liegenschaften oft deutlich unterbewertet. Durch eine Gewichtung mit dem Faktor 1,4 haben wird dies teilweise korrigiert. Vermögens-einkommen werden unterschätzt, weil die Kapitalgewinne hier nicht berücksichtigt werden, da diese nicht steuerpflichtig sind.
- ³³ Baseligia, Martinez, 2020.
- ³⁴ Piketty, 2014.
- ³⁵ Brühlhart, 2019.
- ³⁶ Fluder, Farys, 2020.
- ³⁷ Kiener, Roos, 2021, S. 65.
- ³⁸ Mit 36,2 Prozent (2020) hat die Schweiz die niedrigste Wohneigentumsquote Europas. Bundesamt für Statistik, URL: [bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bau-wohnungswesen/wohnungen/wohnverhaeltnisse/mieter-eigentuemer.html](https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bau-wohnungswesen/wohnungen/wohnverhaeltnisse/mieter-eigentuemer.html) (6. 7. 22).
- ³⁹ Farys 2015 hat im Rahmen eines Nationalfondprojektes diesen Mechanismus anhand der Steuerdaten des Kantons Obwalden nachgewiesen.
- ⁴⁰ Diese wurde von einem der Reichsten quasi im Alleingang mit einer bezahlten Unterschriften-sammlung lanciert (Baumann, Fluder, 2022).
- ⁴¹ So wurde die kostspielige Nein-Propaganda zum Covid-19-Gesetz vom Komitee «Gesund und frei» mit einem Budget von 1,3 Millionen Franken von zwei Superreichen gesponsert. Das Ungleichgewicht lässt sich am Umfang der Inseratekampagne ablesen (vgl. Heidelberger, Bühlmann, 2021). Vermögende Personen und Organisatinnen können sich zudem umfangreiche Lobbyaktivitäten leisten und so Einfluss auf parlamentarische Entscheidungen nehmen.
- ⁴² Mit Schwankungen hat die Armutsgefährdungsquote von 12,9 Prozent im Jahr 2010 auf 14,5 Prozent im Jahr 2019 zugenommen, die Armutsquote von 7,8 Prozent auf 8,6 Prozent (BFS, 2022) (4. 7. 2022).
- ⁴³ OECD, 2015.
- ⁴⁴ Der Vorschlag einer Solidaritätsvermögensabgabe des Denknetzes sieht eine Abgabe auf Vermögen von über 5 Millionen Franken vor. Es wäre mit einem Ertrag von rund 40 Milliarden Franken pro Jahr zu rechnen (vgl. Ringger et al., 2022).

Literaturhinweise

- BAK Economics 2020*: Bank Cler Swiss Income Monitor. URL: cler.ch/de/info/swiss-income-monitor_ (6. 7.2022).
- Baselgia Enea, Martinez Isabel*: A Safe Harbor: Wealth-Income Ratios in Switzerland over the 20th Century and the Role of Housing Prices. KOF Working Papers, Nr. 487, Dezember 2020.
- Baumann Hans, Fluder Robert*: Denknnetz-Gleichheitsmonitor 2021 mit Kommentar. URL: denknnetz.ch/wp-content/uploads/2021/11/Kommentar_Gleichheitsmonitor_2021.pdf (6. 7.2022).
- Baumann Hans, Fluder Robert*: Grosse Vermögen bedrohen Demokratie. In: Das Denknnetz, Nr. 11, April 2022, S.35–36.
- Bundesamt für Statistik*: Verfügbares Einkommen, Konsumausgaben und Sparbetrag pro Monat der Haushalte, 2020. URL: Konsum und Sparen, Bundesamt für Statistik (4. 7.2022).
- Bundesamt für Statistik*: Tabellen su-d-01.05.07.01.04.01 zur Armutsgefährdungsquote und su-d-01.05.07.01.03.01 zur Armutsquote (4. 7.2022).
- Brülhart Marius*: Erbschaften in der Schweiz: Entwicklung seit 1911 und Bedeutung für die Steuern. Social Change in Switzerland, Nr. 20, 2019. URL: doi.org/10.22019/SC-2019-00008 (4. 7.2022).
- Caminada K., Goudswaard K., Wang C., Wang J.*: Has the redistributive effect of social transfers and taxes changed over time across countries? In: International Social Security Review, Nr. 72 (1), 2019a, S.3–31.
- Caminada K., Goudswaard K., Wang C., Wang J.*: Income Inequality and Fiscal redistribution in 31 Countries After the Crisis. In: Comparative Economic Studies, Nr. 61 (1), 2019b, S.119–148. URL: doi.org/10.1057/s41294-018-0079-z (4. 7.2022).
- Chancel L., Piketty T., Saez E., Zucman G. et al.*: World Inequality Report 2022, World Inequality Lab, 2021. URL: wir2022.wid.world (4. 7.2022).
- Farys Rudolf*: Einkommensungleichheit in der Schweiz. Was können wir aus Steuerdaten lernen. Institut für Soziologie Universität Bern, 2015 (unveröffentlichte Dissertation).
- Fluder Robert, Farys Rudolf, Hübelin Oliver, Jann Ben*: Verteilung der Vermögen in der Schweiz. In: Baumann et al., Jahrbuch Denknnetz 2017, S.231–245.
- Fluder Robert, Farys Rudolf*: Erbschaften verstärken die Ungleichheit. In: Moneta, 1/2020.
- Fluder Robert, Farys Rudolf, Baumann Hans*: Vermögenseinkommen – Treiber der Ungleichheit. In: Juso & Denknnetz (Hrsg.): Geld arbeitet nicht – wir schon! Edition 8, Zürich, 2021.
- Fluder Robert, Salzgeber Renate, von Gunten Luzius, Kessler Dorian, Fankhauser Regine*: Gender Person Gap in der Schweiz, Forschungsbericht 12/16. BSV, Bern, 2016.
- Föllmi Reto, Martinez Isabel*: Volatile top income shares in Switzerland? Reassessing the evolution between 1981 and 2010. In: Review of Economic and Statistics, Nr. 99, 2017, S.793–809.
- Heidelberger A., Bühlmann M.*: APS- Zeitungs- und Inserateanalyse zu den Abstimmungen vom 28.11.2021. Zwischenstand vom 18.11.2021. Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern, 2021.
- Hübelin Oliver, Farys Rudolf, Jann Ben, Lehmann Oliver*: Umverteilung über Steuern und Sozialleistungen in der Schweiz. Social Change in Switzerland, Nr. 28, 2021. doi: [10.22019/SC-2021-00008](https://doi.org/10.22019/SC-2021-00008) (4. 7.2022).
- Hübelin Oliver, Farys Rudolf*: Income redistribution through taxation – how deductions undermine the effect of taxes. In: Journal of Income Distribution, Nr. 25 (1), 2018, S.1–13.

- Keely Brian*: Income Inequality. The Gap between Rich and Poor. OECD Insights, OECD Publishing, Paris, 2015.
- Kiener Nellen Margret, Roos Erwin*: Die Schweiz: Steuerparadies für Konzerne und Reiche – zulasten der Armen. In: Juso & Denknetz (Hrsg.): Geld arbeitet nicht – wir schon! Edition 8, Zürich, 2021.
- KPMG*: Clarity on Swiss Taxes. Zürich 2022. URL: assets.kpmg/content/dam/kpmg/ch/pdf/clarity-on-swiss-taxes-2022-de.pdf (6. 7. 2022).
- Obinger Herbert*: Wohlfahrtsstaat Schweiz: Vom Nachzügler zum Vorbild? In: Obinger Herbert, Wagenschal Uwe (Hrsg.): Der gezügelte Wohlfahrtsstaat. Sozialpolitik in reichen Industrienationen. Campus, Frankfurt/New York, 2000.
- OECD*: Growing Unequal: Income Distribution and Poverty in OECD Countries. OECD Publishing, Paris, 2008.
- OECD 2011*: URL: read.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/the-causes-of-growing-inequalities-in-oecd-countries_9789264119536-en_page7 (6. 7. 2022).
- OECD*: In It Together. Why Less Inequality Benefits All. OECD Publishing, Paris, 2015.
- OECD*: Does Inequality Matter? How People Perceive Economic Disparities and Social Mobility, 2021. URL: read.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/does-inequality-matter_3023ed40-en_page1 (6. 7. 2022).
- Oxfam Deutschland*: Gewaltige Ungleichheit, Berlin, 2022. URL: oxfam.de/ueber-uns/publikationen/gewaltige-ungleichheit-fehler-liegt-system. (6. 7. 2022).
- Piketty Thomas*: Capital in the 21st century. Cambridge/MA, 2014.
- Ringger Beat, Fluder Robert, Baumann Hans*: Die Solidaritäts-Vermögensabgabe. Denknetz working paper. URL: baumanneconomics.ch/wp-content/uploads/sites/36/2022/01/Ringger_Fluder_Baumann_Vermögensabgabe.pdf (6. 7. 2022).
- Schaltegger Christoph A. et al.*: Einkommen in der Schweiz seit Jahren stabil verteilt. In: Die Volkswirtschaft, 8. Juni 2022.
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund*: Verteilungsbericht 2020. Die Verteilung der Löhne, Einkommen und Vermögen sowie die Belastung durch Steuern und Abgaben in der Schweiz. Bern, 2020.
- World Inequality Report 2022*: URL: wir2022.wid.world (6. 7. 2022).